



Vorsitz	Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP)
Protokoll	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II
Präsenz	37 Mitglieder
Entschuldigungen	Werner Rupp (SVP) Robert Kamer (FDP) Marc Keller (CVP)
Versand	25. Januar 2017
Genehmigung	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 14. Februar 2017 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP), heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die anwesenden Gäste und die Pressevertreter willkommen. Speziell begrüsst er die Gäste aus Brugg, Barbara Horlacher, Einwohnerratspräsidentin, und Stefan Baumann, Vizepräsident Einwohnerrat.

Traktandenliste

		Inpflichtnahme von Mirjam Aebischer (SP) als Mitglied des Einwohnerrates
1		Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten
2		Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes:
21	2016.42	Mimoza und Armend Hadri, Kosovo
22	2016.43	Edmir Hetemi, Serbien
23	2016.44	Yvonne Schmidt, Deutschland
24	2016.45	Vildana Ibric, Bosnien und Herzegowina
25	2016.46	Ioulia Del Fabro, Russland
26	2016.47	Laik Kunjrini, Irak
27	2016.48	Dejan und Karolina Dumitrovic, Serbien
28	2016.49	Vanessa Varela Fernandes, Portugal
29	2016.50	Fathbarda Ramadani, Kosovo
30	2016.51	Melisa Basaranhincal, Türkei
31	2016.52	Albaro Luis Martinez, dominikanische Republik
32	2016.53	Edgar Iglesias Vera, Ecuador
3*	2016.41	Budget 2017 der Einwohnergemeinde (inkl. Spezialfinanzierungen)
4*	2016.35	Kreditabrechnung Besitzstandswahrung Pensionskasse; Genehmigung
5*	2016.36	Kreditabrechnung Sanierung Lerchenweg; Genehmigung
6*	2016.37	Kreditabrechnung Reussprallhang; Instandsetzung Kolk; Genehmigung
7*	2016.38	Verpflichtungskredit Neubau Stufenpumpwerk Reutenen
8	2016.39	Genehmigung Reglement zur Finanzierung von Erschliessungsanlagen
9	2016.34	Ersatzwahl Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode 2014/2017
10	2016.40	Postulat Karin Hefti „Vorgezogene Realisierung Tagesstrukturen – Schulraumplanung Chapf-Dohlenzelg“; Überweisung
11		Beantwortung von gestellten Fragen
12		Mitteilungen des Gemeinderates
13		Neueingänge

Inpflichtnahme von Mirjam Aebischer (SP) als Mitglied des Einwohnerrates

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP), nimmt gestützt auf die Bestimmungen des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 in Pflicht:

- Mirjam Aebischer (SP)

1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP):

Todesfall Leo Spörri

Am 17. September ist Leo Spörri im Kantonsspital in Aarau gestorben. Leo Spörri war vom 01. Januar 1974, also seit Einführung, bis am 31. Dezember 1989 Mitglied des Einwohnerrates. Zusammen mit Alfred Müller bildete er die Fraktion der Republikaner. Er war ein harter, fairer, sehr korrekter Einwohnerrat und hat sich bereits damals für die Finanzen interessiert. Der sorgfältige Umgang mit den knappen Mitteln war ihm wichtig. Von 1986 – 1989 war er allein Vertreter seiner Partei. Nach seinem Rücktritt aus dem Rat hat er sich weiterhin für die Belange von Windisch interessiert. Wir danken Leo Spörri für sein langes, engagiertes Wirken für die Gemeinde Windisch.

Gedenkminute Leo Spörri

Verabschiedung Maja Haus

Maja Haus ist am 25. Oktober 2009 in den Einwohnerrat gewählt worden. Bei ihrem Amtsantritt am 1. Januar 2010 war sie mit 19 Jahren die jüngste Einwohnerrätin. Sie hat sich vor allem in Jugendfragen engagiert und sich für den Erhalt des Jugendtreffs stark gemacht. Ihre Voten waren sehr klar, auch die Ökologie und die Natur waren Themen für sie. Infolge Wegzug nach Brugg musste sie zurücktreten. Ich danke Maja Haus für ihr Wirken im Einwohnerrat und in den Kommissionen, wo sie mitgearbeitet hat. Die Dankestasse liegt zum Abholen bereit.

Treffen mit Einwohnerrat Brugg

Am 29. September 2016 hat das Treffen der Einwohnerräte von Brugg und Windisch stattgefunden. Auch Gemeinde- und Stadträte sowie einige leitende Angestellte waren dabei. Beim Lösch- und Rettungszug und beim medizinischen Zentrum in Brugg wurden wir herzlich empfangen und ausführlich und kompetent über die Funktionen und Aufgaben informiert. Aus Windisch waren nicht so viele Mitglieder dabei. Ich danke Barbara Horlacher, Stefan Baumann und meinem Vizepräsidenten Dave Roth für die Mitarbeit bei der Organisation.

Grossrats- und Regierungsratswahlen

Am letzten Wochenende wurden der Grosse Rat und der Regierungsrat gewählt. Für den fünften Sitz im Regierungsrat ist ein zweiter Wahlgang erforderlich. 13 Kandidaten und Kandidatinnen aus Windisch haben sich zur Wahl in den Grossen Rat gestellt. Dieter Egli (SP) ist mit einem Glanzresultat bestätigt worden. Herzliche Gratulation. Den anderen Kandidaten danke ich für die Bereitschaft zur Mitarbeit.

Mitwirkungsverfahren Nutzungsplanung

Am 31. Oktober 2016, 19.00 Uhr, findet im Campussaal eine öffentliche Informationsveranstaltung statt. Parteien und Fraktionen wird eine Teilnahme empfohlen, ebenso die aktive Beteiligung an der Mitwirkung. Weshalb ist die Mitwirkung vom 31. Oktober bis 20. Dezember wichtig? Der Einwohnerrat muss die Nutzungsplanung beschliessen. Bei der Beratung ist zwischen unwesentlichen und wesentlichen Änderungen zu unterscheiden. Unwesentliche Änderungen können in der Sitzung beantragt und beschlossen werden. Unwesentliche Änderungen sind beispielsweise die Korrektur ungenauer Zonen Grenzen oder sprachliche Präzisierungen. Der Antrag für eine wesentliche Änderung kommt einem Rückweisungsantrag gleich, sofern der Einwohnerrat diesem zustimmt. Über wesentliche Änderungen kann der Rat nicht beschliessen, die Vorlage geht zur Neu beurteilung an den Gemeinderat zurück. Der Gemeinderat muss das Resultat dem Einwohnerrat in einer zweiten Lesung unterbreiten. Wollen Fraktionen oder Parteien grundsätzliche und grosse Änderungen, müssen diese Anliegen im Mitwirkungsverfahren bis am 20. Dezember 2016 eingebracht werden. Der Gemeinderat kann sich mit diesen Anliegen bereits befassen und dem Einwohnerrat die Anträge entsprechend unterbreiten.

2 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes

- 21 2016.42
Mimoza und Armend Hadri, Kosovo
(Botschaft vom 12. September 2016)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Mimoza und Armend und ihren Kindern Alena und Rian wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

- 22 2016.43
Edmir Hetemi, Serbien
(Botschaft vom 12. September 2016)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Edmir Hetemi wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

- 23 2016.44
Yvonne Schmidt, Deutschland
(Botschaft vom 12. September 2016)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Yvonne Schmidt wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

24 2016.45

Vildana Ibric, Bosnien und Herzegowina

(Botschaft vom 12. September 2016)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Vildana Ibric und ihren Kindern Tarik und Imran wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

25 2016.46

Ioulia Del Fabro, Russland

(Botschaft vom 12. September 2016)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Ioulia Del Fabro wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

26 2016.47

Laik Kunjrini, Irak

(Botschaft vom 12. September 2016)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Laik Kunjrini wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

27 2016.48

Dejan und Karolina Dumitrovic

(Botschaft vom 12. September 2016)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Dejan und Karolina Dumitrovic und ihren Kindern Milos und Milica wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

28 2016.49

Vanessa Varela Fernandes

(Botschaft vom 12. September 2016)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Vanessa Varela Fernandes wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

29 2016.50

Fathbarda Ramadani, Kosovo

(Botschaft vom 12. September 2016)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Fathbarda Ramadani wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

30 2016.51

Melisa Basaranhincal, Türkei

(Botschaft vom 12. September 2016)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Melisa Basaranhincal wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

- 31 2016.52
Albaro Luis Martinez, Dominikanische Republik
(Botschaft vom 12. September 2016)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Albaro Luis Martinez wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

- 32 2016.53
Edgar Vera Iglesias, Ecuador
(Botschaft vom 12. September 2016)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Edgar Vera Iglesias wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

- 3 Budget 2017 der Einwohnergemeinde inkl. Spezialfinanzierung**
(Botschaft vom 22. August 2016)

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Wie immer im Herbst ist es Zeit für die Beratung des Budgets. Nebst dem umfangreichen Dokument liegt der detaillierte Bericht der FiGPK vor. Das Budget dokumentiert die Ausgaben und Einnahmen, die Entwicklung der

einzelnen Bereiche und die Zielsetzungen des Gemeinderates. Aufgrund des guten Rechnungsabschlusses 2015 werden wir 2017 keinen Finanzausgleich erhalten. Dieser hat in den letzten Jahren das Budget entlastet. Trotzdem ist der Aufwandüberschuss im Zentrum der Diskussionen. Die Finanzplanung zeigt, dass der fehlende Finanzausgleich 2017 einmalig ist und ab 2018 wieder Zahlungen zu erwarten sind. Wie gehen wir mit dieser Situation um?

Diese Frage hat sich nicht nur dem Gemeinderat, sondern auch den Fraktionen gestellt. Ist die finanzielle Situation tatsächlich so angespannt oder gibt es weiteres Sparpotential? Wächst der Steuerertrag ausserordentlich wie 2015? Der Steuerertrag könnte problemlos um Fr. 300'000.00 oder Fr. 400'000.00 höher budgetiert werden. Nur ist dies fair und richtig? Die Steuereinnahmen 2016 bewegen sich im Rahmen des Budgets. Der Gemeinderat hat keinen Grund Kosmetik zu betreiben, da wir die Mehrausgaben bei den unvorhergesehenen Unterhaltskosten, den Heizkosten, den Sozialkosten genau gleich gut im Griff haben.

Erhöhen wir den Steuerfuss? 2017 ist dies noch nicht notwendig. Der Gemeinderat wartet den Volksentscheid zum neuen Finanz- und Lastenausgleich ab. Die neuen Steuerungselemente würden zu einer gewissen Stabilität führen. Die Frage bleibt: Ausgeglichenes Budget oder Aufwandüberschuss? Die Grafik auf Seite 15 des Budgetberichtes zeigt, dass wir keine Reserven haben. Die gebundenen Ausgaben haben in den letzten 15 Jahren um 6.7 Mio. Franken oder 120% zugenommen. Die Zunahme der direkt beeinflussbaren Ausgaben im gleichen Zeitraum beträgt 6.7%. In dieser Zeit sind der Steuerertrag und der Finanzausgleich um 5.9 Mio. Franken, oder 45%, angestiegen. Ohne Berücksichtigung des Finanzausgleichs beläuft sich die Zunahme auf 4 Mio. Franken. Die Grafik belegt deutlich, dass trotz höherer Steuererträge, Steuerfusserhöhung und Finanzausgleich das Kostenwachstum bei den gebundenen Ausgaben nicht aufgefangen werden kann. Für eigene Bedürfnisse haben wir gleich viel Mittel zur Verfügung wie vor 15 Jahren. Zu berücksichtigen ist, dass die Einwohnerzahl um 700 Personen zugenommen hat. Gestützt auf diese Fakten hat der Gemeinderat das Budget 2017 auf der Basis des Budgets 2016 erarbeitet. Teilweise wurde die Hochrechnung 2016 beigezogen. Der Gemeinderat ist von seiner Strategie überzeugt, unseren Einwohnern auf tiefem Niveau eine leichte Entwicklung im Dienstleistungsbereich zu bieten, im Bereich Unterhalt mittelmässig zu investieren und bei der Wiederbeschaffung, gestützt auf die Übersichtsplanung, steuernd einzugreifen. Die regelmässigen Finanzworkshops sind unterstützend, sie bestätigen aber auch den engen Spielraum immer wieder aufs Neue. Der Gemeinderat schätzt das kostenbewusste Denken und Handeln der Verwaltungsangestellten und

die straffe Führung der Abteilungsleitungen. Der Einwohnerrat hat im Juni die Verwaltung und den Gemeinderat für die grosse Budgetdisziplin sehr gelobt, dies ist wertvoll. Das Budget 2016 ist vertretbar und der Gemeinderat beantragt, dieses mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 878'000.00 und einem Steuerfuss von 118% zu genehmigen.

Bruno Graf, Präsident FiGPK (SP): Wir haben das Budget 2017 eingehend geprüft. Wir investieren gerne Zeit in diese Aufgabe, da immer eine sehr gute Vorlage vorliegt. Zusätzliche Auskünfte, Begründungen oder Unterlagen werden umgehend zur Verfügung gestellt. Die Zusammenarbeit mit den Verwaltungsabteilungen, insbesondere mit der Abteilung Finanzen, ist respektvoll. Dafür danke ich der Verwaltung.

Zum Budget: Bei einem Aufwand von 28.95 Mio. und einem Ertrag von rund 28 Mio. wird für 2017 ein Aufwandüberschuss von 0.88 Mio. budgetiert. Dies sind etwa 3% des Aufwandes der Einwohnergemeinde. In Berücksichtigung der Abschreibungen und dem Erfolg der Investitionsrechnung resultiert ein Finanzfehlbetrag von Fr. 470'000.00. Die Nettoschuld der Einwohnergemeinde wird auf rund 16 Mio. ansteigen und pro Einwohner Fr. 2'174.80 betragen. Das Budget sieht keine ausserordentlichen Ausgaben vor, es bewegt sich im Rahmen der Vorjahre. Auffallend ist, dass die direkt beeinflussbaren Ausgaben immer noch auf dem Niveau von 2002 liegen. Das Budget ist um 6.7 % höher, diese Zunahme entspricht der Teuerung. Die Kosten sind unter Kontrolle und man ist sich gewohnt, mit dem engen Spielraum zu leben. 2017 fehlt der kantonale Finanzausgleich von ca. 1.1 Mio. Der Rechnungsabschluss 2015 war zu gut, um Ausgleichszahlungen zu erhalten. Dies ist ärgerlich, der Finanzausgleich ist ein uns zustehender Ausgleich für die grossen Belastungen und äusseren erschwerten Bedingungen. 2017 stimmen wir über den neuen Finanz- und Lastenausgleich ab. Setzen wir uns dafür ein, dass dieser angenommen wird, er ist für Windisch sehr wichtig. Gemeindeammann Heidi Ammon hat sich stark für eine gerechtere Verteilung eingesetzt. Erfreulich ist, dass die Mehreinnahmen der Steuererträge von 1.2 bis 1.5 Mio. nachhaltig sind. Die Entwicklungsstrategie von Windisch ist richtig und ist weiterzuverfolgen. Die Finanzlage der Spezialfinanzierungen ist insgesamt stabil. Die Investitionen für die Werterhaltungen sind budgetiert und können auch in Zukunft finanziert werden. Für 2017 ergibt sich bei der HPS ein Minus von Fr. 140'000.00, beim Wasserwerk ein Überschuss von Fr. 170'000.00, beim Abwasser ein Überschuss von 1.14 Mio., beim Abfall ein Minus von Fr. 102'000.00 und beim EW ein Überschuss von Fr. 19'000.00. Konsolidiert wird per 31. Dezember 2017 ein Nettovermögen von 4.1 Mio. budgetiert, was pro Einwohner Fr. 557.28 ergibt.

Die FiGPK hat zwei Empfehlungen abgegeben. Der Auftrag für eine Bedarfsanalyse für die Erneuerung der Flotte des Bauamtes mit Beschaffungsplanung ist bereits am 8. Februar 2016 erteilt worden. Mit der Rechnung 2016 ist ein Bericht über die Kostenentwicklung und die Investitionsplanung der Feuerwehr Windisch-Hausen-Habsburg vorzulegen. Gestützt auf die Finanzplanung ist es wichtig zu wissen, in welche Richtung es geht. Wir bitten den Einwohnerrat diese Empfehlung zu unterstützen. Die FiGPK hat einstimmig Eintreten beschlossen und empfiehlt dem Einwohnerrat die Annahme des Budgets 2017 mit einem Steuerfuss von 118 %.

Noch etwas in eigener Sache. Es hat mich als Präsident der FiGPK überrascht und erstaunt, dass die Verwaltung durch die Fraktionen mit Fragen konfrontiert wurde, welche die FiGPK abgeklärt und im Bericht erläutert hat. Weshalb investieren wir so viel Zeit in die Budgetprüfung? Weshalb werden die Fragen nicht der FiGPK gestellt? Obwohl im Bericht ausführlich erläutert, werden Fragen zu Bauamtsfahrzeug oder Feuerwehr gestellt. Wird unser Bericht gelesen oder ist er zu wenig attraktiv? Fragen sind legitim und manchmal notwendig. Ich verstehe, dass die x-fache Beantwortung der gleichen Fragen bei der Verwaltung Unmut auslöst, vom Zeitaufwand ganz zu schweigen. Die Beantwortung dieser Fragen löst zusätzliche nicht budgetierte Kosten aus. Vielleicht sollte wie beim Grossen Rat jeweils informiert werden, wie hoch die Kosten für die Beantwortung der Fragen ausgefallen sind.

Eintretensdebatte

Andreas Baschnagel (SVP): Wir danken dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des Budgets und der FiGPK für den Bericht. Wir beantragen Rückweisung des Budgets 2017. Wir erwarten ein ausgeglichenes Budget mit einem plafonierten Steuerfuss von 118%.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Wir diskutieren über Eintreten oder Nichteintreten.

Bernhard Stüssi (SVP): Da wir ein Budget benötigen, müssen wir darauf eintreten.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Der Rückweisungsantrag kann erst in der Detailberatung gestellt werden. Im Moment geht es um Eintreten oder Nichteintreten.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Philip Umbricht (FDP): Es ist Herbst und Budgetzeit, oder umgekehrt, Zeit für das Budget und deshalb Herbst. Besten Dank der Verwaltung, dem Gemeinderat und der FiGPK für die grosse, nicht einfache Arbeit.

Das Budget basiert auf einem unveränderten Steuerfuss von 118%. Investitionen von 1.5 Mio. sind für eine Gemeinde wie Windisch nicht überwältigend. Bedenklich ist, dass die Investitionen mit Fremdkapital finanziert werden müssen. Das prognostizierte Defizit hat keine Begeisterung ausgelöst. Ziel muss sein, mit einem ausgeglichenen Haushalt in das neue Jahr zu starten. Dieses wird noch genügend grosse Veränderungen bringen. Der Start mit einem Defizit bedeutet, dass wir auf Kosten unserer Zukunft, unserer Nachkommen leben.

Erste Reaktion war: Zurück an den Absender zur Überarbeitung und Beseitigung des Defizites, bevor wir versuchen, einzelne Franken einzusparen. Ein zweiter Blick lohnt sich: Hauptgrund für das Defizit ist der fehlende Finanzausgleich. Ein ausgeglichenes Budget mit Finanzausgleich ist nicht besser als eines mit einem Defizit. Beide Varianten belegen, dass wir unsere Ausgaben nicht selbst finanzieren können. Beim Finanzausgleich leben wir nicht auf Kosten der Zukunft unserer Nachkommen, sondern unserer Nachbarn. Der Finanzausgleich 2017 fällt weg, weil wir 2015 einen guten Rechnungsabschluss hatten. Marco Wächter hat mir bestätigt, dass der Finanzausgleich eine Wundertüte ist, niemand weiss, wie hoch dieser am Ende ausfällt. Der neue Finanz- und Lastenausgleich, welcher im Februar 2017 zur Abstimmung kommt, soll dieses Manko beheben. Für Windisch und den Kanton ist eine Annahme sehr wichtig, deshalb JA stimmen.

Die echte Ursache des Defizites ist unsere Struktur, das Auseinanderdriften von Einnahmen und Ausgaben. Dies kann auf Dauer nicht gut gehen, das strukturelle Defizit muss beseitigt werden, damit wir vorwärts kommen. Dabei ist unerheblich, ob wir 1 Mio. zu wenig einnehmen oder zu viel ausgeben. Es soll nicht der Steuerfuss erhöht, sondern die Ausgaben und die Schulden streng kontrolliert werden. Alle Aufgaben sind zu prüfen, kritisch zu hinterfragen und die Konsequenzen zu ziehen, auch wenn diese schmerzhaft sind. Dazu gehören beispielsweise Desinvestitionen oder der Abbau von freiwilligen Leistungen und Angeboten, die wir gesetzlich nicht erbringen müssen. Es wird mit Schmerzen verbunden sein, was wir heute machen, ist alles andere als sinnvoll. Was früher nicht sinnvoll war, ist längst dem Sparen zum Opfer gefallen.

Gegenwart und Zukunft sind auszugleichen. Es bringt keinen Nutzen, wenn wir aus einem gut gemeinten Interesse fehlendes Geld ausgeben und damit die Zukunft belasten. Unsere Nachfolger sind froh, wenn sie mehr Handlungsspielraum haben.

Das Budget 2017 ist seriös und nachvollziehbar, das Defizit realistisch. In Berücksichtigung der seriösen Budgetierung und Hoffnung, dass der Finanz- und Lastenausgleich 2018 kommt, akzeptieren wir das Budget ausnahmsweise. Wir stimmen dem Budget zu.

Paul Bitschnau (SP): Auf verschiedene angesprochene Punkte gehe ich teilweise aus Sicht der SP-Fraktion nochmals ein. Mit dem Präsidenten der FiGPK steht uns für die Beantwortung von Fragen ein versierter Mann zur Verfügung. Im Spannungsfeld zwischen einer für unsere Einwohner und Neuzuzüger funktionierenden und attraktiven Gemeinde und den finanziellen Herausforderungen wurde ein realistisches Budget erstellt. Das Defizit hängt stark mit dem fehlenden Finanzausgleich zusammen. Unser Gürtel ist bereits sehr eng, enger geht nicht mehr. Es kann nicht unser Ziel sein, früher oder später unattraktiv zu werden, wir wollen Menschen, die bei uns Steuern zahlen. Wir ächzen unter den steigenden Ausgaben, der Handlungsspielraum ist sehr eng. Seit 14 Jahren geben wir für unsere eigenen Bedürfnisse gleich viel Geld aus. Philipp Umbricht spricht von einem strukturellen Defizit, ich meine, wir haben ein strukturelles Problem. Verglichen mit anderen Gemeinden ist unser Steuersubstrat tief. Der Finanzausgleich wäre dafür da, dass die finanzstarken Gemeinden die finanzschwachen unterstützen. Wir hoffen sehr, dass der neue Finanz- und Lastenausgleich 2017 angenommen wird und danken Heidi Ammon für den grossen Einsatz. Ich hoffe, dass sich alle Parteien in Windisch für die Annahme dieses Finanzausgleichs engagieren werden. Windisch braucht diesen dringend. Der Steuerertrag entwickelt sich positiv, hoffentlich bleibt er stabil. Die Zahlen der Spezialfinanzierungen sind erfreulich. Sorge bereiten uns die Investitionen, früher oder später werden diese zum Bumerang. Je weniger wir investieren, desto mehr verschieben wir die Probleme. Es werden nicht nur Hügel, sondern Berge auf uns zukommen. Diese abzutragen ist ein massiver Mehraufwand. Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für das haushälterische Budget. Besten Dank der FiGPK für die grosse geleistete Arbeit. Wir stimmen dem Budget zu.

Barbara Scheidegger (CVP): Die CVP-Fraktion dankt für das Budget und würdigt die grosse geleistete Arbeit. Dieses gibt die Sicherheit, dass im gleichen Rahmen weitergearbeitet werden kann. Für uns stellt sich jedes Jahr die Frage, stimmt das? Geben wir nicht zu sorglos Geld aus, das wir nicht haben? Windisch hat in die Zukunft investiert, der Steuerertrag steigt. Nur sollten der Aufwand und die Verschuldung nicht auch jedes

Jahr ansteigen. Verschuldung heisst, dass wir für die Zukunft bestimmte Gelder bereits heute ausgeben. Es ist nicht richtig, den Handlungsspielraum der kommenden Generationen einzuschränken. Diese Schulden müssen irgendeinmal abbezahlt werden. Windisch ist sich gewohnt, mit knappen Finanzen zu wirtschaften. Wir leben in einem sehr sicheren, perfekt organisierten Land. Wollen wir noch perfekter werden, ist dies mit einem über proportionalen Aufwand verbunden. Wollen wir in Zukunft ein ausgeglichenes Budget, müssen wir jetzt mit der Verzichtsplanung beginnen. Deshalb begrüssen wir den Entscheid, die Wärmepumpe im Freibad nicht zu ersetzen. Die Kosten sind zu hoch, der Nutzen zu klein. Erfreulich ist, dass verschiedene 2016 gestellte Anträge im Budget 2017 berücksichtigt wurden. Wir stellen keine Kürzungsanträge. Es gilt zu überlegen, wie wir den Finanzhaushalt ins Gleichgewicht bringen können.

Daniel Brassel (EVP): Auch wir danken allen Beteiligten für die geleistete Arbeit, die Erläuterung und Kontrolle des Budgets. Wir schätzen diese Unterlagen, sie erleichtern die Diskussionen in der Fraktion. Das Defizit macht auch uns nicht glücklich. Verwaltung und Gemeinderat gehen grundsätzlich haushälterisch mit den Mitteln um, „Nice to have“-Positionen gibt es nicht. Aus diesem Grunde unterstützen wir das Budget.

Andreas Baschnagel (SVP): Ich wiederhole unseren Antrag: Wir beantragen Rückweisung des Budgets 2017, ein ausgeglichenes Budget durch Aufwandkürzung und eine Plafonierung des Steuerfusses auf 118 %.

Ich bin noch nicht lange im Einwohnerrat. In dieser Zeit wurden die Ausgaben nie spürbar reduziert. Es ist beunruhigend, dass dieser Zustand seit Jahren andauert. Alle Geschäfte werden gutgeheissen. Wir diskutieren bei den Kreditanträgen, welche Variante die Beste ist. Ob die Ausgaben gerechtfertigt, notwendig und vor allem tragbar sind, darüber sprechen wir nicht. Dieser Aspekt rückt jeweils in den Hintergrund.

Es ist zynisch und unredlich Geschäfte einander gegenüberzustellen, die keinerlei Zusammenhang haben. So zum Beispiel der Verkauf des Feuerwehrmagazins und die Erhöhung der Sozialausgaben, oder den Mehraufwand bei der Jugendarbeit mit einem möglicherweise geringeren Verkaufspreis für das Magazin zu begründen.

Für Meinungsmacher ist der Handlungsspielraum für Kürzungen ausgeschöpft. Eine Steuerfusserhöhung wird vereinzelt als unumgänglich angesehen, welche die Bevölkerung mit frohem Mut, und ohne Mehrwert bei der Lebensqualität, unterstützt. Wir können uns Mehrausgaben leisten, wir können uns Schulden leisten, ja das können wir – mit fremdem Geld. Leere Taschen kann man auf den Kopf stellen und schütteln wie man will,

da ist nichts mehr herauszuholen. In Berücksichtigung der anstehenden finanziellen Herausforderungen, im speziellen bei den Schulanlagen, müssen wir reagieren. Korrekturen auf der Aufwandseite sind unumgänglich, unnötige Kosten sind konsequent zu streichen. Alle freiwilligen Dienstleistungen sind im Grundsatz und in der Art und Weise wie sie erbracht werden, zu hinterfragen, neu zu verhandeln und zu vereinbaren. Die Dokumentation aus dem Finanzworkshop, welche über 1.5 Mio. freiwillige Kosten ausweist, sowie die Aufschlüsselung der gebundenen Auslagen sind beizuziehen.

Mit Budgetkürzungen steigt man in der Beliebtheitsskala nicht. Ist dies unsere Aufgabe oder unser Ziel? Unsere Aufgabe ist es, die Anliegen der Bevölkerung in den Vordergrund zu stellen, diese zu vertreten und nicht unsere eigenen. Die Bevölkerung ist nicht mehr bereit, ohne spürbaren Nutzen ihr Geld in die Gemeindekasse zu spülen.

Wir haben Kürzungsanträge vorbereitet. Diese lösen die Probleme nicht, zeigen jedoch wegweisend auf, in welchen Bereichen Kürzungen möglich sind, ein Potential für Mehreinnahmen vorhanden ist. Wir fordern den Einwohnerrat auf, den Rückweisungsantrag für ein attraktives Windisch zu unterstützen.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Auf die Rückweisung gehe ich nicht ein, sie ist der falsche Weg. Sie könnte für das Volk grosse Konsequenzen haben, sollte am Schluss der Kanton den Steuerfuss bestimmen.

Die Aussage „wir leben auf Kosten von anderen“ unterstütze ich nicht. Der Finanz- und Lastenausgleich soll regulieren. Betrachte ich die Regulierungsmechanismen leben die kleinen Gemeinden auf Kosten von uns. Zum Beispiel beim öffentlichen Verkehr: Wieso muss Windisch pro Einwohner mehr bezahlen als Habsburg? Das Problem ist der Mechanismus des Finanz- und Lastenausgleichs. Der neue Ausgleich hat ebenfalls Lücken, so ist die Pflegefinanzierung nicht berücksichtigt. Dies betrifft uns stark, da der Anteil der älteren Bevölkerung hoch ist. Es ist mir wichtig, dass die Mechanismen verstanden werden. Trotz knapper Mittel haben wir in den letzten Jahren in die Entwicklung investiert. Wir haben die Entwicklung des Kunzareals und der Fehlmannmatte unterstützt und ein Wachstum des Steuerertrags erreicht. Der bestehende Mechanismus bestraft uns. Wir haben einen höheren Steuerertrag und erhalten keinen Finanzausgleich mehr. Ist es richtig, wenn eine Gemeinde für ihre Bemühungen, sich zu verbessern, bestraft wird? Dies wird mit dem neuen Finanz- und Lastenausgleich anders sein, sodass wir uns finanziell etwas erholen können. Der heutige Mechanismus lässt dies nicht zu. Die Aussage, wir leben auf Kosten der Nachbarn, ist für mich unverständlich.

Wir haben versucht das strukturelle Problem zu verbessern. Der Erfolg spricht für uns. Die Überbauung des Kunzareals ist uns nicht in den Schoss gefallen. Wir haben dafür

gekämpft, dass hier gebaut wird und wir hatten einen guten Investor. Wir hätten uns einfach zurücklehnen und der Sache ihren Lauf lassen können, aber wir haben uns aktiv eingebracht. Diese Sachen muss man sehen und pflegen. Natürlich wäre ein Steuerfuss von 100% schön, dies ist strukturell nicht möglich. Nur, ist eine Verzichtserklärung der richtige Weg, wie Streichung der Jugendarbeit, Schliessung des Jugendtreffs, Reduktion der Tagesstrukturen? Ich pflege den Kontakt mit unseren neuen Einwohnern intensiv und bewusst. Der Steuerfuss von 118% schreckt sie nicht ab, nach Windisch zu kommen. Sie wohnen hier, weil wir ein gutes ÖV-Angebot, gute Tagesstrukturen und vieles mehr haben. Reduzieren wir diese Angebote, werden die Einwohner mit mittlerem oder oberem Steuereinkommen Windisch sehr schnell verlassen. Wir müssen unserer Situation Sorge tragen. Die Strategie des Gemeinderates mit einer moderaten Weiterentwicklung hat sich bewährt. Es ist gut möglich, dass unsere Situation in 20 Jahren anders aussieht. Die Strukturprobleme hatten wir nicht von heute auf morgen und wir werden sie nicht von heute auf morgen lösen. Diese Tatsache muss verstanden werden.

Bruno Graf, Präsident FiGPK (SP): Im ersten Moment wollte die FiGPK das Budget ebenfalls zurückweisen. Das Budget ist ehrlich, eine Rückweisung wäre unehrlich. Es würde irgendwo gespart, nur um etwas gemacht zu haben. Ich plädiere dafür, dieses Budget anzunehmen und zu zeigen, wie wichtig der Finanzausgleich für uns ist. Eine Rückweisung wäre ein Schuss ins eigene Bein. Die Weltwoche hat herausgefunden, dass Windisch als Wohngemeinde attraktiver ist als Brugg. Dies kommt nicht von selbst und ein strukturelles Problem lässt sich nicht von einem Tag auf den anderen lösen. Dies ist mit viel Arbeit verbunden und wir arbeiten stark daran. Ich bitte den Rückweisungsantrag abzulehnen. Es ist richtig, wenn wir mit diesem Budget das Jahr 2017 bewältigen und dann die Situation für 2018 wieder prüfen.

Andreas Baschnagel (SVP): Bei der Diskussion über die Standortförderung habe ich die Rangierung von Windisch erwähnt. Wir bewegen uns nach wie vor nur im Mittelfeld, von 800 Gemeinden liegen wir ca. auf Platz 450. Auf welchem Rang liegen wir beim Steuerfuss? Andere Gemeinden mit viel kleineren Ausgaben und weniger Standortförderung erreichen bessere Plätze als wir und sind trotzdem attraktiv. Die Standortattraktivität ist das falsche Argument gegen eine Rückweisung.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat lehnt den Rückweisungsantrag mit 6 Ja- gegen 30 Nein-Stimmen ab.

Detailberatung Budget

Barbara Scheidegger (CVP): Für 2016 haben wir einen Budgetkredit von Fr. 135'000.00 für den Heizungswärmeverbund in der Schulanlage bewilligt. Bereits 2015 haben wir Fr. 70'000.00 bewilligt, weitere Fr. 75'000.00 werden mit Budget 2017 beantragt. Total geben wir Fr. 340'000.00 für diesen Nahwärmeverbund aus. Wir fragen uns, ob sich die Investition von Fr. 340'000.00 in eine alte Anlage wirklich rechtfertigt, welche nach drei Jahren immer noch nicht funktioniert. Aus diesem Grunde wollten wir Auskunft über die anderen Budgetkredite. Wir möchten wie die FiGPK über den Finanzbedarf der nächsten Jahre informiert werden. Allenfalls wäre einmal zu diskutieren, wie viel Windisch ausgeben will.

Bernhard Stüssi (SVP): Die Position 3291 Campussaal ist zu streichen. Der Campussaal wird mit künstlicher Euphorie und nicht vorhandenem Geld am Leben erhalten. Er ist unnötig und ohne Seele. Es war von Beginn an klar, dass trotz Beteuerungen des Gemeinderates, unsere Beteiligung nicht befristet sein wird. Es ist Zeit, den geordneten Rückzug anzutreten und diesen Klumpfuss bzw. die umbaute Luft abzustossen.

Andreas Baschnagel (SVP): Wir beantragen den Aufwand für das Freibad Heumatten mit Fr. 493'583.25 zu plafonieren, was den Kosten des erfolgreichen Jahres 2015 entspricht. Wir beauftragen den Gemeinderat und die Kommission, die Attraktivität und Wirtschaftlichkeit des Freibads durch gezielte Massnahmen zu steigern.

Das Freibad Heumatten ist keine Erfolgsgeschichte, Jahr für Jahr resultiert ein Defizit von rund Fr. 300'000.00. Die fehlende Heizung wird die Situation noch verschärfen. Eine Schliessung und ein Rückbau des Freibads sind deshalb vernünftiger. Die Kosten wären langfristig massiv tiefer und stets kalkulierbar. Die Befürworter werden argumentieren, dass alle Bäder Defizite schreiben, das Freibad unsere Standortattraktivität steigert und bei Auswärtigen sehr beliebt ist.

Ist es wirklich normal, dass ein Freibad solche Defizite verursacht? Kann sich Windisch eine solche Dienstleistung leisten? Wurden Anstrengungen unternommen, um Mehreinnahmen zu generieren oder sind wir Opfer der Situation? Ist ein Freibad ohne Hallenbad noch zeitgemäss, nachdem 2/3 der Besucher das Hallenbad und nicht das Freibad besuchen? Es ist einfach, alle Fragen können mit Nein beantwortet werden.

Wir ermutigen Gemeinderat und Kommission zu folgenden Schritten:

1. Die Fachhochschule Nordwestschweiz ist zu beauftragen, die wirtschaftliche Situation des Freibads Heumatten in einem entsprechenden Studiengang als Praxisbeispiel zu integrieren und zu prüfen. In Berücksichtigung aller Einflussgrößen sind das Potenzial, die Chancen und die Risiken zu ermitteln.

2. Konkurrenzfähigkeit und Attraktivität sind zu prüfen: Preisgestaltung, Einbezug neuer technischer Möglichkeiten zur Erweiterung des Angebotes, zum Beispiel elektronischer Zugang, Dienstleistungsangebote wie Früh-, Mittags- und Abendschwimmen, die Öffnungszeiten, Lohn- und Anstellungspolitik, Zusammenarbeit mit Vereinen, Durchführung von Events und Veranstaltungen, zum Beispiel Grillplausch oder Sportturniere. Das Qualitätsmanagement ist punkto Freundlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Ordnung und Sauberkeit zu überprüfen. Die Vereinbarung mit dem Restaurant, dessen Angebot und Qualität sind ebenfalls zu prüfen.

Die heutige Situation ist unbefriedigend. Wollen wir die Schliessung des Freibades verhindern, muss die Kommission konkrete Massnahmen erarbeiten und umsetzen. Das Potential des Freibades Heumatten ist offensichtlich, aber es ist stehen geblieben. Stillstand bedeutet bekanntlich Rückstand. Das Freibad Heumatten muss sich neu ausrichten – attraktiv und innovativ, die Schliessung wird sonst Tatsache.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Der Beitrag Campussaal kann nicht gestrichen werden. Der Volksentscheid gilt auch 2017.

Algimantas Gegeckas (CVP): Das Budget ist nicht der richtige Platz, um über den Antrag Freibad Heumatten zu diskutieren. Viele der erwähnten Punkte müsste man länger diskutieren.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Der Antrag verlangt die Plafonierung des Aufwandes auf Fr. 493'583.25. Die übrigen Punkte sind als Begründung zu verstehen.

Philipp Umbricht (FDP): Ich stehe dem Antrag Campussaal nicht negativ gegenüber. Die Betriebsbeiträge wurden jedoch durch einen Volksentscheid für eine bestimmte Zeit zugesichert.

Der Antrag Heumatten darf in dieser Form nicht entgegen genommen werden. Wir diskutieren das Budget und somit die Kontos. Die Position „3411“ ist der Zusammenschluss, diese Zahl kann in der Budgetdebatte nicht geändert werden. Will die SVP die Kosten verändern, muss sie Anträge zu einzelnen Konten einreichen.

Martin Gautschi (FDP): Wie lange laufen die Verträge beim Campussaal?

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Die Zusicherung läuft Ende 2017 aus. Wir werden nächstes Jahr über das weitere Vorgehen befinden.

Rahel Downey (SP): Ich kann die Begründungen beim Antrag Freibad Heumatten teilweise unterstützen. Die Aussengemeinden, wie zum Beispiel Hausen, beteiligen sich zu wenig an den Kosten. Hausen muss einen grösseren Kostenbeitrag leisten. Diese Diskussion kann nicht jetzt geführt werden, ist aber im Hinblick auf das Budget 2018 zu prüfen.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Der Aufwand lässt sich nicht im Voraus genau beziffern. Wie bei den Heizkosten ist der Aufwand beim Freibad stark vom Wetter abhängig. Heisse Tage verursachen höhere Personalkosten, erfordern mehr Unterhalt und Chemie. Bei Regenwetter kann das Bad geschlossen werden und die Personalkosten sind tiefer. Das Budget kann nicht plafoniert werden. Es wurden gute Ideen eingebracht. Die Einnahmen können durch den Kauf eines Abos, durch den Besuch des Freibads, durch Werbung bei Kollegen, verbessert werden. Aktivitäten sind sehr willkommen. Unser Aufruf bei den Vereinen hat bis jetzt keine grosse Begeisterung ausgelöst. Wir sind mit den Nachbargemeinden laufend im Gespräch betreffend der Betriebsbeiträge. Wir sind Bittsteller und müssen uns bewusst sein, dass auch die Nachbargemeinden ihre Probleme haben.

Bernhard Stüssi (SVP): Ich gebe zu, ich habe bereits Mühe zu sagen, wie das Wetter morgen wird. Aber wir erstellen das Budget um abzuschätzen, was uns nächstes Jahr erwartet. Das Budget ist dazu da, um den politischen Willen des Einwohnerrates und der Bevölkerung einzubringen, festzulegen, wo die Mittel eingesetzt werden sollen. Es ist mir klar, dass wir beim Campussaal nicht aussteigen können. Aber wir können über das ganze Spektrum, das die Gemeinde abdeckt, diskutieren und festlegen, wie das Geld ausgegeben werden soll. Es ist deshalb berechtigt, grosse Positionen zu prüfen.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Werden beim Freibad Heumatten konkrete Streichungsanträge gestellt?

Andreas Baschnagel (SVP): Gut, dass wir diskutieren. Wir müssen zu diesem Thema eine separate Debatte führen. Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Der Antrag betreffend Campussaal ist rechtlich nicht umsetzbar.

Bernhard Stüssi (SVP): Wir ziehen den Antrag Campussaal zurück.

Ich habe einen Antrag zum Jugendtreff: „Die Position 5442 Jugendtreff wird auf der Aufwandseite auf Fr. 120'000 festgelegt“. Die Jugendlichen sollen für ihre Projekte mehr Mittel erhalten. Der Hauptanteil der Mittel ist nicht für die Jugendlichen, sondern für die Bezahlung von formell qualifiziertem Personal für die Schlüsselverwaltung des Jugendtreffs. Diese Mittel können besser eingesetzt werden. Scheinbar ist es nicht möglich, die Aufteilung der Ausgaben dem Gemeinderat zu überlassen. Trotzdem eine kurze Erläuterung unserer Vorstellungen: Die Jugendlichen sollen mehr Geld für ihre Projekte erhalten. Für Löhne sind im Konto 5442.3000.01 Fr. 20'000.00 zu budgetieren. Neu ist eine Position „Projekte Jugendliche“ mit Fr. 15'750.00 zu schaffen. Ein privater Trägerverein soll den Jugendlichen den Rahmen für eigene Projekte bieten. Sie sollen ihre Ideen einbringen können. Kernpunkt der Idee ist die Position „Projekte Jugendliche“. Dieses Geld soll vollumfänglich für Projekte eingesetzt werden, die Jugendliche selber entwickeln und realisieren wollen. Der Jugendtreff erhält so eine zusätzliche Anziehungskraft für engagierte Jugendliche, Projekte umzusetzen, die bisher mangels Ressourcen nicht realisiert werden konnten. Durch die Vereinsstruktur, die Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit und den Behörden können die Beteiligten wertvolle Erfahrungen in Sachen Demokratie, Finanzen und dem Gemeinwesen im Allgemeinen sammeln.

Der Jugendtreff soll nicht vollständig privatisiert werden. Es sollen Löhne budgetiert werden, da eine gewisse Begleitung durch die Gemeinde notwendig ist. Insbesondere soll die Position 5442.3090.00 Aus- und Weiterbildung des Personals bestehen bleiben. Dieses Geld ist direkt für die Jugendlichen einzusetzen, beispielsweise durch die Finanzierung von J+S-Kursen.

Umliegende Gemeinden sind einzuladen, den Projektfonds finanziell zu unterstützen. Je nach Kostenbeteiligung sollen sie im Vorstand vertreten sein und über die Verteilung des Projektfonds mitbestimmen dürfen. Unser Antrag lautet: „Die Position 5442 wird auf der Aufwandseite auf Fr. 120'000.00 festgelegt. Die Position 5442.3000.01 Löhne wird auf Fr. 20'000.00 reduziert und eine neue Position Projekte Jugendliche im Betrag von Fr. 15'750.00 soll geschaffen werden.“

Reto Candinas (SP): Die kreativen Ideen der SVP, wie man die Badi opfern oder den Jugendtreff retten kann, sind herzerfrischend. Diese Diskussionen sind berechtigt, aber

nicht im Rahmen des Budgets. Solche Themen sind mit einer Anfrage oder einer Motion einzubringen. Es kann doch nicht sein, dass Anträge gestellt werden, welche die Entlassung von Personal zur Folge haben. Dies ist nicht mehr seriös. Ich bitte die Anträge zurückzuziehen und die Möglichkeiten gemäss Gemeindeordnung zu nutzen.

Christoph Haefeli, Gemeinderat (SP): Ich habe eine ergänzende Information zum Budget des Treffpunkts Integration. Welche Kürzungen wurden beim Jugendtreff beantragt?

Stefan Wagner, Gemeindeglied II: Die Lohnposition wird auf Fr. 20'000.00 gekürzt. Neu gibt es eine Position „Projekte Jugendliche“, hier werden Fr. 15'750.00 budgetiert.

Bernhard Stüssi (SVP): Die Jugendlichen sollen sich begleitet möglichst selbständig entwickeln können. Dafür wollen wir Geld einsetzen. Wir benötigen nicht Fr. 100'000.00, damit formell qualifiziertes Personal den Jugendlichen die Türe öffnet und mit ihnen Hausaufgaben erledigt.

Christoph Haefeli (SP): Der Antrag bezweckt eine komplette Änderung der Strategie. Wie Reto Candinas erwähnt hat, ist dafür der Weg der Motion zu wählen. Dem Jugendtreff stehen als Hauptpfeiler ein gut gebräuchliches Gebäude und die Treffleiterin mit einem 50%-Pensum zur Verfügung. Zusätzlich arbeitet ein Praktikant mit einem Pensum von 80% mit. Nina Forte und der Praktikant sind heute anwesend. Für die Durchführung der diversen Aktivitäten benötigen wir diese 130 Stellenprozente. Für Projekte haben wir genügend Geld, es braucht eine gute Begleitung bei der Umsetzung. Mit einem Graffiti-Projekt wurde eine Wand im Jugendtreff erneuert. Nicht die Kosten für die Farbe waren das Problem, sondern die Anleitung. Der Praktikant hat die Jugendlichen animiert weiterzumachen. Stundenweise wurde ein Fachmann beigezogen, damit etwas Gutes entstehen konnte. Das Konzept benötigt ein Minimum an Personal. Im Moment sind wir auf dem absoluten Minimum bei den Stellenprozenten, um all diese Aktivitäten zu gewährleisten. Der Betrieb des Jugendtreffs ist sehr erfreulich. Die unterschiedlichen Aktivitäten sprechen verschiedene Jugendliche an. Der Mittwochnachmittag wird im Moment am Stärksten genutzt. Die Jugendtreffleiter sind anwesend, leiten an, führen Gespräche und vieles mehr. An diesen Mittwochnachmittagen sind bis zu 30 Jugendliche im Treff. Ein grosser Erfolg ist die offene Turnhalle. Es ist ein grosses Bedürfnis der Jugendlichen einfach Sport nach Lust und Laune zu treiben, ohne dass ein Turnlehrer alle 10 Minuten das Programm ändert. Auch für dieses Angebot braucht es Personal, damit die Jugendlichen die ganze Nacht betreut sind. Dies verstehe ich unter Jugendarbeit. Die Idee tönt

gut, aber ist komplett etwas anderes. Ich beantrage das Budget Jugendtreff unverändert zu belassen. Wir haben eine Jugendkommission. Erst kürzlich haben neue Leute an der Sitzung teilgenommen und neue Ideen eingebracht. Ich lade Bernhard Stüssi ein, seine Ideen und Vorschläge in der Jugendkommission zu diskutieren.

Der Einwohnerrat hat im Oktober 2015 die Weiterführung des Treffpunkts Integration in den Jahren 2016 und 2017 beschlossen. Dies unter dem Vorbehalt, dass Brugg, Birr und Hausen ihre Beiträge im bisherigen Umfang leisten. Leider wird der Gemeinderat Birr ab 2017 keine Beiträge mehr an den Treffpunkt Integration leisten. Infolge Einbruch des Aktiensteuerertrages wurden in Birr diverse Sparmassnahmen eingeleitet. Diesen ist auch der Treffpunkt Integration zum Opfer gefallen, obwohl er immer als positiv eingestuft und ein grosser Nutzen erzielt wurde. Um die Lücke von Fr. 15'000.00 zu schliessen und den Beschluss des Einwohnerrates zu vollziehen, haben wir andere Geldgeber gesucht. Bis heute sind Fr. 11'000.00 zugesichert, vor allem durch die katholischen und reformierten Kirchgemeinden Windisch/Brugg. Drei Anfragen sind noch pendent und wir hoffen, dass wir die fehlenden Fr. 4'000.00 noch erhalten. Der Gemeinderat weiss, dass er den Entscheid des Einwohnerrates etwas strapaziert. Die Weiterführung des Treffpunkts im Jahre 2017 war ihm wichtig, deshalb hat er versucht, die fehlenden Mittel anderweitig zu beschaffen. Im Hinblick auf das Budget 2018 ist die Weiterführung des Treffpunkts zu überdenken und neu zu planen. Einerseits ist der Einwohnerratsbeschluss abgelaufen, andererseits wissen wir noch nicht, ob sich der Kanton weiterhin beteiligt.

Philipp Ammon (SVP): Bei der Beratung des Budgets kann man über alles diskutieren, auch wenn es nicht der richtige Platz dafür ist. Der Gemeinderat versucht, die fehlenden Fr. 15'000.00 auf anderem Wege einzutreiben. Der Einwohnerratsbeschluss ist aber mit dem Vorbehalt erfolgt, dass der Treffpunkt nur weitergeführt werden darf, wenn Birr seinen Beitrag bezahlt. Die fehlenden Beiträge von Birr sollen 2017 überbrückt werden, ein klarer Widerspruch zum Einwohnerratsbeschluss. Toll, somit können wir die gesamten Kosten für den Treffpunkt 2017 einsparen. Da Birr nicht mehr bezahlt, kann der Treffpunkt Integration nicht mehr weitergeführt werden. Alles andere wäre eine Missachtung unseres Entscheides.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Wird ein Antrag gestellt?

Philipp Ammon (SVP): Ein Antrag ist nicht notwendig. Der Einwohnerrat hat vor zwei Jahren einen Entscheid gefällt. Da Birr nicht mehr bezahlt, fällt auch der Kostenanteil

von Windisch weg. Der Treffpunkt Integration kann somit nicht mehr weitergeführt werden.

Philipp Umbricht (FDP): Der Gemeinderat stellt mit dem Budget einen Antrag. Um diesen zu ändern, braucht es einen Gegenantrag.

Christoph Haefeli (SP): Ich habe den Entscheid des Einwohnerrates flexibler interpretiert. Damit der Treffpunkt weitergeführt werden kann, werden die fehlenden Fr. 15'000.00 auf anderem Weg abgedeckt. Ich bin mir bewusst, dass ich den Entscheid des Einwohnerrates etwas strapaziere. Deshalb erfolgt meine Information bereits heute, ich wollte nicht erst bei der Rechnung informieren.

Bernhard Stüssi (SVP): Es ist verwirrend. Einerseits kann ein Budgetposten infolge eines Volksentscheides nicht aus dem Budget gestrichen werden. Andererseits wird ein Entscheid so gedreht, dass man das Geld trotzdem ausgeben kann. Klar ist es nicht genau das Gleiche, aber ich musste diese Bemerkung loswerden.

Andreas Baschnagel (SVP): Weshalb investieren wir so viel Zeit für das Budget, wenn wir nichts zu sagen haben? Ich habe von zwei Seiten gehört: Das gehört nicht hierher. Ich freue mich auf die erklärenden Mails, wann man solche Anträge stellen darf und wie das richtige Vorgehen ist.

Im Programm Oktober des Jugendtreffs ist innerhalb von zwei Tagen zu lesen: „...von 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr Hausaufgaben machen und Bewerbungen schreiben, wir helfen euch dabei!“. Ist ein Jugendtreff dafür zuständig? Wir haben eine Schule, Nachhilfe- und Stützkurse, da gibt es auch die Eltern. Schlussendlich müssen im Jugendtreff vier Stunden pro Woche für Hausaufgaben und Bewerbungen eingesetzt werden. Das entspricht nicht meiner Auffassung von einem Jugendtreff. Deshalb braucht es geschulte Leute. Für einen normalen Betrieb eines Jugendtreffs genügt ein J+S-Leiter. Dies entspricht dem, was wir früher im Blauring als 16 - ca. 23-Jährige gemacht haben.

Mirjam Aebischer (SP): Ich war bei der Beschlussfassung über die Kosten des Treffpunkts Integration nicht dabei. Ich warne so eine wichtige Arbeit einfach einzustellen, nur um den Entscheid des Einwohnerrates umzusetzen. Der Vorbehalt bezüglich Beitrag von Birr wurde wohl als Druckmittel gegenüber Birr angebracht. Der Gemeinderat setzt sich dafür ein, dass die fehlenden Fr. 15'000.00 von anderer Seite finanziert werden. Der Treffpunkt Integration ist auch 2017 weiterzuführen.

Ruedi Kumin (EVP): Früher wurde der Jugendtreff durch einen Verein geführt. In einem langjährigen Prozess wurde er in die Verantwortung der Gemeinde überführt. Nun soll wieder ein Verein gegründet werden. Eine schlechte Entwicklung, ein Rückschritt ins Mittelalter, den wir nicht brauchen. Bei den Hausaufgaben und beim Schreiben von Bewerbungen zu helfen finde ich sehr sinnvoll. Ich weise auf den Gender-Aspekt hin, Mädchen und Buben reagieren sehr unterschiedlich. Es ist toll, dass Jonas der Praktikant, mit den Buben diese Sachen anschaut – von Mann zu Mann. Dies hat eine ganz andere Wirkung, als beim Klassenlehrer, oder wer auch immer hilft. Es fällt auf, dass das Budget des Jugendtreffs jedes Jahr zu riesigen Diskussionen führt. Ich freue mich bereits auf das nächste Jahr.

Philipp Umbricht (FDP): In der Diskussion vom 21. Oktober 2015 ging es in erster Linie darum, das Risiko der Gemeinde Windisch klein zu halten. Ich habe ein gewisses Verständnis für das Vorgehen von Christoph Haefeli und kann diesem zustimmen. Trotzdem öffne ich eine Klammer: In der letzten Diskussion vom 21. Oktober 2015 ging es darum, ob wir den Treffpunkt Integration ab 1. Januar 2016 noch wollen. Wenn wir die nächste Diskussion erst im Oktober 2017 führen, wird diese wohl nicht von Erfolg gekrönt sein. Ich bitte den Gemeinderat, diese Vorlage nicht erst in der Oktobersitzung zu bringen.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Es ist richtig, die letzte Vorlage kam sehr spät. Die Meldung von Birr hat uns völlig überrascht. Der Treffpunkt soll 2017 wie bisher weitergeführt werden. Wir wissen, dass wir ab 2018 eine neue Lösung suchen müssen. Auch mit Brugg sind wir andauernd in Diskussionen bezüglich der Kosten, zudem fallen die Beiträge des Kantons weg. Erste Diskussionen haben wir bereits geführt. Die Integration ist in der jetzigen Zeit extrem wichtig und es wäre falsch, diese Mittel zu streichen. Der Treffpunkt leistet sehr gute Arbeit. Wir werden eine Lösung anstreben, welche nach der Pensionierung von Kathrin Potratz Ende 2017 für Windisch gilt.

Philipp Ammon, (SVP): Wir haben einen klaren Beschluss gefasst, den ich bewusst nochmals zitiere: „...vorbehältlich der Zusicherung der Betriebsbeiträge der Stadt Brugg und der Gemeinde Birr und Hausen im mindestens gleichen Umfang wie 2016“. Wie soll ich strukturelle Schwächen bekämpfen? Ich stelle nicht den Nutzen des Treffpunkts in Frage, sondern, ob Windisch diese Aufgabe für die ganze Region finanzieren muss. Wir haben den Treffpunkt schon zweimal wiederbelebt, haben zum Ausdruck gebracht, dass wir

dahinterstehen, unter der Bedingung, dass sich die anderen Gemeinden ebenfalls beteiligen. Die Rückmeldung der anderen Gemeinden ist eindeutig, es ist ihnen nichts wert. Wir kämpfen ebenfalls und müssen sparen. Birr hat entschieden, dies ist „nice-to-have“, und den Beitrag gestrichen. Und nun finanziert Windisch diese Kosten, weil wir die Arbeit des Treffpunkts für Birr als wichtig erachten. Wer dies wirklich will, wird meinen Antrag ablehnen, wer nicht, wird dem Antrag zustimmen.

Martin Gautschi (FDP): Ich bin auch ein Sparfuchs, aber es gilt die Prioritäten zu sehen. Es ist lobenswert, dass der Gemeinderat die fehlenden Fr. 15'000.00 auf anderem Wege einnehmen will. Ich bin überzeugt, dass auch für die restlichen Fr. 4'000.00 eine Lösung gefunden wird. Nächstes Jahr werden wir den Betrag allenfalls streichen. Jetzt müssen wir pragmatisch das Vorgehen des Gemeinderates anerkennen.

Pia Stammler Desteffani (SP): Philipp Ammon unterstellt, dass wir die Leistungen von Birr bezahlen. Ich gehe davon aus, dass dies nicht der Fall ist.

Christoph Häfeli, Gemeinderat (SP): Der Treffpunkt Integration musste noch nie wiederbelebt werden. Es wurde immer sehr gute Arbeit, auf konstant hohem Niveau, geleistet. Mit Kathrin Potratz haben wir eine hervorragende Leiterin, wir haben neue Angebote und Dienstleistungen geschaffen, diese werden rege benützt. Leistet Birr keinen Beitrag, erhalten sie auch keine Leistungen. Wir subventionieren Birr nicht. Weil wir die Leitgemeinde sind, muss im Budget eine Bruttosumme eingesetzt werden. Die Nettokosten für Windisch waren mit ca. Fr. 25'000.00 budgetiert. Sind diese schlussendlich höher, kann ich garantieren, dass wir für diesen Betrag auch Leistungen beziehen.

Rosi Magon, Vizeammann (SP): Schade, diskutieren wir zwei verschiedene Anliegen gleichzeitig. Ich kann die Aussagen von Andreas Baschnagel über die Jugendarbeit so nicht stehen lassen. Unsere Jugendarbeiter leisten seit Jahren äusserst qualifizierte Arbeit. Die Entwicklung der Besucherzahlen im Jugendtreff belegt dies mehr als deutlich. Die Jugendarbeiter strecken nicht den Finger in die Luft und fragen sich, was den Jugendlichen heute passen könnte. Gibt es ein wenig Hausaufgaben oder machen wir einen Schminkkurs? Wir sprechen hier von Profis mit entsprechender Ausbildung und notabene haben wir eine Jugendkommission. Diese arbeitet massgeblich bei der Programmgestaltung mit. Mit der Aussage, irgendein J+S-Leiter könne diese Aufgabe übernehmen, wird

die Arbeit mehr als desavouiert. Ich halte mit aller Deutlichkeit fest: Da wird äusserst professionelle Arbeit geleistet.

Philipp Ammon (SVP): Man kann es nicht schön reden. Ich stelle den Ordnungsantrag die Diskussionen abubrechen und über die Anträge abzustimmen.

Offene Abstimmungen

Antrag Bernhard Stüssi (SVP), 5442.3010.00 - Löhne Jugendtreff

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag mit 4 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen ab.

Antrag Bernhard Stüssi (SVP), neue Position – Projekte Jugendliche

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag mit 12 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen ab.

Antrag Philipp Ammon (SVP), 5796 – Streichung Treffpunkt Integration

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag mit 3 Ja- gegen 28 Nein-Stimmen ab.

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Budget 2017 mit einem Steuerfuss von 118% wird genehmigt.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Ich danke dem Gemeinderat, der Verwaltung, insbesondere der Finanzverwaltung mit Marco Wächter, und Heidi Ammon für die transparente und umfassende Berichterstattung. Der FiGPK danke ich für ihre Arbeit und den aussagekräftigen, grossen Bericht.

4 2016.35

Kreditabrechnung Besitzstandswahrung Pensionskasse; Genehmigung

(Botschaft vom 29. August 2016)

Daniel Brassel (EVP): Die Kreditabrechnung ist korrekt erstellt. Die Kosten sind verursachergerecht auf die Gemeinde und Spezialfinanzierungen aufgeteilt worden. Die Details sind in unserem Bericht festgehalten.

Dieses Geschäft hat uns in den letzten Jahren beschäftigt und kann nun zum Wohle der pensionierten Mitarbeiter abgeschlossen werden. Es bleibt die Erkenntnis, dass ein funktionierendes IKS ein zwingendes Instrument ist. Die FiGPK ist froh, dass Verwaltung und Gemeinderat hier auf einem guten Weg sind. Die FiGPK empfiehlt die Genehmigung der Kreditabrechnung.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Besitzstandswahrung Pensionskasse“ wird genehmigt.

5 2016.36

Kreditabrechnung Sanierung Lerchenweg; Genehmigung

(Botschaft vom 29. August 2016)

Bruno Graf, Präsident FiGPK (SP): Wir haben die Kreditabrechnung geprüft, die Buchungen sind korrekt. Die Arbeitsvergaben sind vorschriftsgemäss erfolgt. Im Zuge der Bauarbeiten wurden zusätzliche Sanierungsarbeiten in der angrenzenden Bergstrasse realisiert. Diese Kosten sind den entsprechenden Spezialfinanzierungen belastet worden.

Auffallend ist die Kreditunterschreitung von 30%. Dies ist grundsätzlich erfreulich. Die nächste Abrechnung schliesst ebenfalls mit einer Unterschreitung in dieser Grössenordnung ab, was zur Frage führt, wie die Kostenvoranschläge erstellt werden. Wir werden inskünftig genauer auf die Gründe dieser Unterschreitungen achten. Günstigere Preise und die effizientere Ausführung werden als Begründung angeführt, dies führt jedoch kaum zu einer Kostensenkung von 30%. Um 30% zu hohe Kostenvoranschläge belasten auch das Budget. Die FiGPK empfiehlt die Genehmigung der Kreditabrechnung.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Stefan Fehlmann (EVP): Uns sind die Kreditunterschreitungen von 30% ebenfalls aufgefallen. Dies ist grundsätzlich positiv. Einen faden Beigeschmack hinterlässt die Begründung im Bericht der Planung + Bau: „Im Schatten der Arbeit beim Lerchenweg wurden die Kreuzungsbereiche Bergstrasse/Lerchenweg inkl. der östliche Teil der Bergstrasse bis Lindhofstrasse saniert. Die Elektrizitätsversorgung wurde ausgebaut und die Wasserleitung ersetzt sowie der Strassenaufbau erneuert. Die Aufwendungen wurden dem laufenden Budget im Rahmen der jeweiligen Unterhaltskosten belastet.“ Wie erfolgt die Budgetierung, wenn so viele zusätzliche Arbeiten ausgeführt werden müssen? Wir stimmen der Kreditabrechnung zu.

Andrea Höbel (CVP):

Arbeiten während den Bauphasen optimieren,
Kanalisationsleitungen mit Inlinern sanieren,
Anklang gefunden hat
von Planung und Bau der Fachbericht,
eine sinnvolle Neuerung,
eine ausführliche Geschichte,
super Kreditabrechnung um 30% reduzieren,
und das ohne jemanden zu schmieren,
die Spatze ähm Lerchen pfeifen auf dem Dach,
da arbeiten Leute vom Fach,
eine extrem erfreuliche Zahl,
die CVP hat gar keine Wahl,
diese „Kreditunterschritig“,

macht uns keiner streitig.
Wir nehmen es an.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Sanierung Lerchenweg“ wird genehmigt.

6 2016.37

Kreditabrechnung Reussprallhang; Instandsetzung Kolk; Genehmigung

(Botschaft vom 05. September 2016)

Matthias Knecht (FDP): Die FiGPK dankt der Verwaltung für die rasche Abrechnung dieses Kredites. Wir empfehlen die Abrechnung zur Genehmigung.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Andrea Höbel-Neuhaus (CVP):

Wir sitzen auf der Ufermauer
schauen auf den Fluss,
Wirbel an der Oberfläche,
es ist ein Genuss,
auch das Lesen des tollen Fachberichts,
schau her,
eigentlich könnten wir zum Reussbädli grillieren gehen,
zur Freude haben wir 35% weniger Kosten,
die CVP geht sofort Cervelats posten,
nun wollen wir die Kreditabrechnung zu Ende bringen,
darum tut die CVP ein grosses „JA“ stimmen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Reussprallhang; Instandsetzungen Kolk“ wird genehmigt.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Für die verbleibenden zwei Traktanden steht noch eine halbe Stunde zur Verfügung. Fahren wir mit den Beratungen fort oder erst nächste Woche? Der Gemeinderat hat verschiedene Informationen, die Beantwortung der kleinen Anfrage benötigt ebenfalls Zeit.

Fredy Bolt (SP): Ich stelle den Ordnungsantrag, die Sitzung zu beenden.

Martin Schibli (EVP): Die Sitzung kann bis 22.00 Uhr weitergeführt werden. Zum Reglement für die Erschliessungsfinanzierung werden verschiedene Anträge eingereicht, dann wird es zeitlich schwierig.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Aus diesem Grunde sind beide Geschäfte nächste Woche zu behandeln.

Offene Abstimmung

Der Ordnungsantrag wird mit 21 Ja-Stimmen abgelehnt (2/3-Mehrheit).

7 2016.38

Verpflichtungskredit Neubau Stufenpumpwerk Reutenen

(Botschaft vom 05. September 2016)

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Der Bedarf für dieses Stufenpumpwerk basiert auf dem Generellen Wasserplan. Wir haben das generelle Wasserversorgungsprojekt dieses Jahr abschliessen und ein früheres Werk erneuern können. Ab 2020 muss das Grundwasserpumpwerk Schachen II saniert werden. Dieses liefert einen grossen Anteil des

Wasserbedarfs. Während der Sanierung steht das Pumpwerk zeitweise nicht zur Verfügung. Diese Versorgungslücke müssen wir abdecken. Spätestens 2018 müssen die Quellen in Mülligen ausser Betrieb gesetzt werden. Die Konzession kann nicht mehr erneuert werden, da die Schutzzone der Quelle überbaut ist. Das Risiko einer früheren Ausserbetriebnahme besteht, da die Nitratwerte im Wasser relativ hoch sind. Der Grenzwert beträgt 50mg/Liter und ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Das Wasser von Mülligen wird etwa 200 Meter von unserer Quelle entfernt gefasst. Infolge des hohen Nitratgehaltes darf das Wasser nicht eingesetzt werden und Mülligen ist auf Wasserlieferungen angewiesen. Es ist also nicht nur ein theoretisches, sondern kann zum praktischen Problem werden. Wir benötigen langfristig für die Versorgungssicherheit ein zweites Standbein. Der Anschluss an das Netz der IBB gewährleistet diese. Das Stufenpumpwerk wird für den Druckausgleich benötigt. Das Wasser wird in die eine Richtung gepumpt, in die andere Richtung kann die Klappe geöffnet werden. Im Notfall kann somit Wasser ins andere Netz eingespeist werden. Da die IBB auch profitiert, beteiligt sie sich mit Fr. 320'000.00 am Bau des Stufenpumpwerks. Der Zeitpunkt für die Realisierung des Stufenpumpwerks ist optimal, da eine Koordination mit den Sanierungsarbeiten im Quartier Klosterzelg möglich ist. Dadurch kann die Belastung des Quartiers etwas reduziert werden. Zusätzlich sichern wir die Option, dass wir auch ausserhalb von Notlagen bei der IBB Wasser beziehen können, so beispielsweise während der Sanierung des Pumpwerkes Schachen II. Der Gemeinderat beantragt die Genehmigung des Verpflichtungskredites.

Fredy Bolt, Sprecher FiGPK (SP): Im Zeitpunkt der Prüfung war noch nicht klar, ob der Baurechtsvertrag für die benötigte Parzelle abgeschlossen werden kann. Wurde eine Einigung erzielt? Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat das Geschäft im andern Falle zurückgezogen hätte. Unter der Voraussetzung, dass es den Baurechtsvertrag gibt, erachten wir den Bau des Stufenpumpwerkes als sinnvolle Investition, vor allem bezüglich Versorgungssicherheit. Wird die Wasserfassung Mülligen zurückgefahren, haben wir nur noch eine Bezugsquelle im Schachen. Mit dem Stufenpumpwerk ist eine zweite Einspeisung, vor allem eine Notversorgung, garantiert. Die Gründe für die Notwendigkeit überzeugen. Die Verteilung der Baukosten zwischen IBB und Gemeinde ist plausibel, der Preis für den Wasserbezug erachten wir als angemessen. Die jährlichen Betriebskosten, unabhängig vom Wasserbezug, von Fr. 15'000.00 sind vertretbar. Die FiGPK empfiehlt, dem Kredit zuzustimmen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Die beiden betroffenen Grundeigentümer haben ihr Einverständnis signalisiert, die Verträge sind noch nicht unterzeichnet.

Martin Gautschi (FDP): Die FDP-Fraktion erachtet das Projekt als fundiert und gut. Die Ziele und Massnahmen sind formuliert. Der Anschluss an die IBB ist sinnvoll, die Notwendigkeit ausgewiesen und die Investition in der Finanzplanung enthalten. Die Frage nach dem Baurechtsvertrag wurde soeben beantwortet. Wir stimmen dem Kredit zu. Wie hoch wird der Baurechtszins sein?

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Die Parzelle ist ungefähr 100m² gross. In Berücksichtigung der aktuellen Zinssätze wird sich der Baurechtszins zwischen Fr. 1'000.00 und Fr. 2'500.00 bewegen.

Marco Valetti (SVP): Die SVP-Fraktion hat weder einen Änderungs-, Zusatz- noch einen Rückweisungsantrag. Wir danken für die detaillierte Botschaft und stimmen dem Kredit zu.

Algimantas Gegeckas (CVP): Wir stimmen dem Kredit ebenfalls zu. Diese Investition ist notwendig. Zu denken gibt der jährliche Zins: Windisch bezahlt Fr. 34'000.00, Brugg Fr. 900.00. Dies ist eine Art Absicherung für uns, dass wir Wasser haben. Es stellt sich die Frage, ob Brugg ein 33-mal geringeres Risiko bezüglich Wasserknappheit hat. In zehn Jahren hat sich dies für Brugg ausbezahlt und sie haben für die Sicherheit etwa Fr. 9'000.00 bezahlt.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Mit dem Optionspreis bezahlen wir die Fördermenge von 2'000 m³ pro Tag. Die IBB muss diese Fördermenge jederzeit für uns bereithalten, wir haben diese Verpflichtung nicht. Im Notfall wäre zu prüfen, welche Menge wir zur Verfügung stellen könnten. Der Betrag lässt sich nicht mit den Fr. 900.00 der IBB vergleichen, weil eine ganz andere Leistung dahinter steht. Wir liefern ebenfalls Wasser an die REWA-Gemeinden. Diese bezahlen ebenfalls einen Optionspreis, da wir im Pumpwerk Schachen II jederzeit eine gewisse Wasserfördermenge für sie bereithalten, die wir nicht

anderweitig einsetzen können. Die Vereinbarung eines Optionspreises entspricht der gängigen Praxis zwischen den Wasserversorgungen.

Offene Abstimmung (Ausstand Martin Schibli, EVP)

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Verpflichtungskredit von Brutto CHF 826'000 inkl. MWST für den Neubau des Stufenpumpwerkes Reutenen zulasten der Investitionsrechnung der Spezialfinanzierung Wasserversorgung wird genehmigt.

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der gefasste Beschluss gilt vorbehältlich der Unterzeichnung der Wasserlieferungsverträge mit den IBB und der REWA.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident: Ich beende die Sitzung. Die Behandlung der Traktanden 8 bis 13 erfolgt nächste Woche.

Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr



Gemeinde Windisch
Protokoll des Einwohnerrates
Sitzung vom 26. Oktober 2016

Seite:
121

EINWOHNERRAT WINDISCH
Der Einwohnerratspräsident:

Der Gemeindegeschreiber II: